FRAKTION BÜRGERLISTE LEVERKUSEN
Kölner Straße 34 • 51379 Leverkusen
Tel. 0214-2027792 • Fax: 0214-2027793
fraktion.buergerliste@versanet-online.de
www.buergerliste.de

BÜRGERLISTE
BÜRGER FÜR BÜRGER • ÜBERPARTEILICH • TOLERANT

Leverkusen, den 6.3.2016

8/3/16

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Herrn Uwe Richrath,
Büro des Rates

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath, lieber Uwe,

bitte setze diesen Antrag wegen seiner Dringlichkeit auf die von unserer Fraktion beantragte Sondersitzung des Rates:

Der Rat unserer Stadt bittet die Bundesregierung nachdrücklich, sich für das Verbot dieses heimtückischen und hochgefährlichen Wirkstoffes einzusetzen, der u. a. alle Pflanzen abtötet, die nicht genmanipuliert sind.

Zudem ist eindeutig wissenschaftlich nachgewiesen - u. a. aktuell von der Heinrich-Böll-Stiftung - , dass auch der Mensch von diesem Gift angegriffen wird, da sich in seinem Körper nach und nach Mengen dieses Giftes ansammeln, die gesundheitsgefährdend sind, so dass solche Mengen z.B. im Trinkwasser ausdrücklich verboten sind.

Begründung:

Es ist ungeheuerlich, dass die EU die Verwendung dieses gefährlichen Giftstoffes auf weitere 15 Jahre gestatten und auch unsere Bundesregierung hier augenscheinlich dieser weiteren Anwendung zustimmen will.

Barbara Trampenau Karl Schweiger

i.A. (Erhard T. Schoofs)

Anlage : Leverkusener Anzeiger vom 5./5. März 2016 - Artikel und Kommentar

Spurenstoffe im Trinkwasser

BELASTUNGEN Kommunale Unternehmen sorgen sich – Systematische Erfassung der Risiken

VON STEFAN SAUER

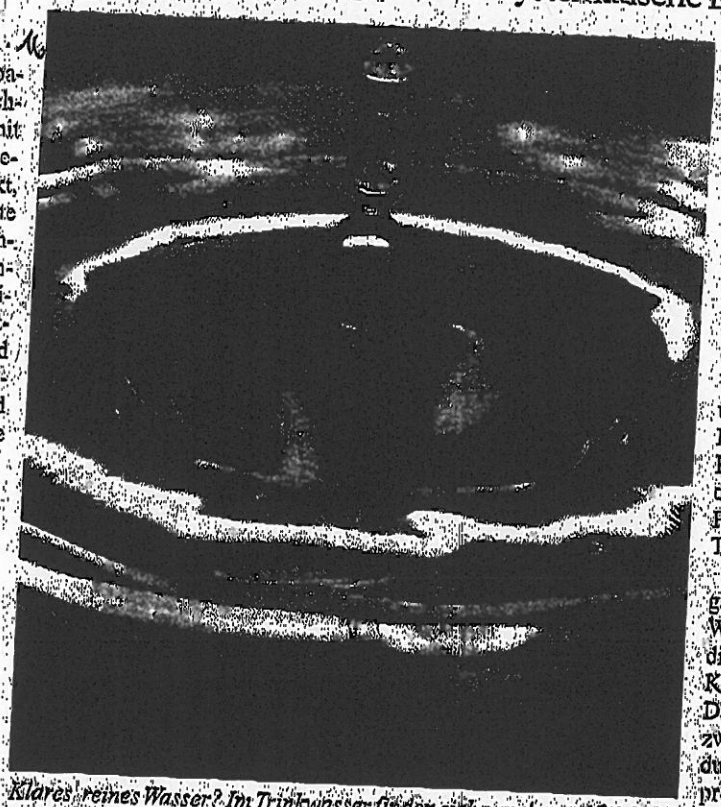
Berlin. Es handelt sich homöopathische Mengen nahe der Nachweisgrenze. Weil diese aber mit Hilfe immer modernerer Analysemethoden immer weiter absinkt, finden sich im Trinkwasser heute Substanzen, die gestern noch unentdeckt blieben. Diese „Spurenstoffe" sind zum Beispiel in Medikamenten, Pestiziden, Waschmitteln, Körperpflegeprodukten und Kosmetika enthalten. Selbst leistungsfähige Kläranlagen sind nicht dazu in der Lage, die Stoffe

> „Es geht nicht um Alarmismus, aber um Sorgfalt und Vorsorge"
>
> Katherina Reiche

im Milliardstel-Gramm-Bereich herauszufiltern. Aber müssen sie das? Gehen von den Spurenstoffen Gefahren für Mensch und Umwelt aus?

Diese Fragen sind derzeit nicht, jedenfalls nicht pauschal zu beantworten. Doch gerade deshalb mahnt die Hauptgeschäftsführerin des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU), Katherina Reiche, eine systematische Erfassung der Substanzen und wissenschaftliche Untersuchungen zu möglichen Risiken an. Nicht alle Einträge seien bedenklich. Es gehe nicht um Alarmismus, aber um Sorgfalt und Vorsorge. „Beim Trinkwasser hört der Spaß auf."

Das sieht die große Mehrheit der VKU-Mitgliedsbetriebe ebenso. In einer Umfrage des Verbands äußerten 84 Prozent der Wasserbetriebe die Vermutung, der zunehmende Eintrag von Spurenstoffen beeinträchtige sowohl die Gewässerqualität als auch die Ökosysteme. Als besonders besorgniserregend betrachten knapp 94 Prozent der Kommunalversorger pharmazeutische Substanzen im Wasser. Gut 87 Prozent nannten Pflanzenschutzmittel. Rückstände aus Haushaltsreinigern, Shampoos und Co. beunruhigen etwa ein Drittel der Betriebe.



Klares, reines Wasser? Im Trinkwasser finden sich zunehmend Reststoffe anderer Produkte – noch in geringster Konzentration. Foto: dpa

Was tun? Zum Nulltarif werden die Spurenstoffe nicht aus dem Wasserkreislauf zu entfernen sein. Neun von zehn VKU-Unternehmen rechnen mit steigenden Kosten für bessere Filtertechniken. Bundesweit würde die Installation einer weiteren Reinigungsstufe in Klär- und Trinkwasseranlagen rund 1,3 Milliarden Euro verschlingen, schätzt Georg Wolf, Vorstandschef des Wupperverbands, der zwischen Leverkusen und Wuppertal 900 000 Menschen mit Trinkwasser versorgt. Für die Wasserkunden bedeutete dies höhere Preise zwischen 6 und 30 Cent pro Kubikmeter, abhängig vom Nachrüstungsbedarf. Reiche plädiert daher dafür, neben den Verbrauchern auch die Hersteller an den Kosten zu beteiligen. Kein leichtes Unterfangen, angesichts der Mengen und Vielzahl betroffener Produkte. Jedes Jahr geraten 630 000 Tonnen Chemikalien aus Wasch- und Reinigungsmitteln über Privathaushalte ins Abwasser. Hinzu kommen 10 500 Tonnen aus Kosmetika und Körperpflegeprodukten, knapp 18 000 Tonnen Pflanzenschutzmittel und 8100 Tonnen Medikamente.

Denkbar wäre laut Wulf, Abgaben von den Herstellern für die Wasserreinigung zu verlangen, die diese Kosten vermutlich auf die Konsumentenpreise aufschlügen. Die Kunden hätten dann die Wahl zwischen abgabebelasteten Produkten mit Spurenstoffrisiko und preiswerteren abbaubaren Erzeugnissen.

Bis es so weit ist, schlägt Reiche die Einrichtung einer zentralen Datenbank vor, in der Informationen über Art, Eintragsmengen, mögliche Risiken und Filtertechnologien der Stoffe gesammelt werden. Auch sollen bei der Zulassung von Arznei- und Pflanzenschutzmitteln künftig auch Belastungen des Wasserkreislaufs berücksichtigt werden. An Ideen zum Wasserschutz mangelt es also nicht. An der Umsetzung schon. Bisher hat Deutschland nicht einmal die Vorgaben der 25 Jahre alten EU-Nitrat-Richtlinie erfüllt.

Belastung durch Glyphosat

Karten müssen auf den Tisch

VON STEFAN SAUER

KOMMENTAR@MDS.DE

Dass von vielen Deutschen mindestens fünfmal mehr Glyphosat im Urin als dem geltenden Grenzwert zufolge im Trinkwasser enthalten sein darf. Mit diesem Untersuchungsbefund bestätigt die Heinrich-Böll-Stiftung frühere Testergebnisse, die auf eine verbreitete Belastung der Bevölkerung mit dem Unkrautvernichtungsmittel hinweisen. Erst vor wenigen Tagen konnte Glyphosat auch in verschiedenen deutschen Biersorten nachgewiesen werden, ebenfalls in Mengen deutlich oberhalb des Trinkwassergrenzwerts. Dabei geht es nicht um absolute Zahlenspiele, wie viel Liter Bier getrunken werden müssten, bevor die Substanz ihre vermutlich krebserregende Wirkung entfaltet. Es geht um ihre Allgegenwart, um die Summe der vielen kleinen Aufnahmemengen.

Und es geht um das Wesen des Stoffes: einer Chemikalie, entwickelt vom Agrokonzern Monsanto, die alle Pflanzen tötet – nur genetisch manipulierte nicht, die ebenfalls aus den Laboren von Monsanto und Co. stammen. Glyphosat wird so zum Sinnbild einer pervertierten Landwirtschaft, die industriellen Ertragsinteressen folgt und auf die Gesundheit der Bevölkerung bustet. Nächste Woche werden die EU-Staaten beraten, ob Glyphosat für weitere 15 Jahre zugelassen wird. Die Blindheit wird dann die Karten auf den Tisch legen müssen, wessen Belange ihr wichtiger sind.